

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden**

Sebastian Zinke, MdL

zu TOP Nr. 33b

**Nach den Anschlägen in Dresden, Paris, Nizza und
Wien - Islamismus auch im Strafvollzug konsequent
bekämpfen, Deradikalisierung stärken**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/7867

während der Plenarsitzung vom 11.11.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Um all das zu sagen, was einem durch den Kopf geht, wenn man an die grauenhaften Taten in Nizza und Paris, in Dresden und Wien denkt, braucht man die Redezeit von mehr als einer Aktuellen Stunde.

Die Wienerinnen und Wiener, die Österreicher haben einen ganz eigenen Weg gefunden, das zum Ausdruck zu bringen. - Frau Präsidentin, jetzt wird es unparlamentarisch. Ich entschuldige mich jetzt schon dafür, meine aber niemanden in diesem Raum. - Die Wienerinnen und Wiener verwenden das Schlagwort „Schleich di, du Oaschloch!“ als Ausdruck für diese Gedanken. Sie schreiben es auf Plakate, auf Wände, auf T-Shirts. Sie benutzen es als Hashtag im Internet - unter den Gedanken, die die Menschen zu diesen Taten haben.

Sie sagen mit diesen vier Worten aus, dass Terrorismus keinen Platz in unserer Mitte hat. Sie sagen, dass Terrorismus uns keine Angst einjagen kann und dass wir an unserem Lebensstil weiterhin festhalten werden. Diese vier Worte sagen aber auch aus: Wir lassen kein Keil in unsere Gesellschaft und in das friedliche Neben- und Miteinander der unterschiedlichen Religionen treiben.

Dieses Schlagwort wendet sich auch gegen diejenigen, die jetzt versuchen, diese grauenhaften Taten für eine rassistische Ideologie zu nutzen, und die versuchen, Islam und Islamismus gleichzustellen, um Millionen von friedlichen Menschen in Geiselhaft zu nehmen.

Meine Damen und Herren,

wir müssen verhindern, dass Radikale einen Keil in diese Gesellschaft treiben. Wir müssen verhindern, dass sie Erfolg haben mit ihren Parolen, in denen sie behaupten, dass in Europa, in Deutschland ein Krieg gegen den Islam geführt wird. Wenn sogar Staatschefs behaupten, es werde eine Neuauflage der Kreuzzüge geplant, dann geht das genau in diese Richtung: Die versuchen, einen Keil in diese Gesellschaft zu treiben. - Der Täter von Wien hat diesen Geschichten geglaubt.

Tatsächlich gibt es in Deutschland keinen Kampf gegen den Islam. Was es gibt, sind Regeln, die wir uns gemeinsam gegeben haben. Was es gibt, ist das Grundgesetz, in dem wir die Grundrechte festgeschrieben und in dem Glaubens- und Meinungsfreiheit - sogar von den Artikeln her - nebeneinanderstehen. Meine Damen und Herren, auch diese Taten werden daran nichts ändern.

Wir müssen uns natürlich die Frage stellen, wie wir junge Menschen vor Radikalisierung schützen können. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir die Bevölkerung vor diesen Radikalisierten schützen können.

Zu dem Plan, den wir brauchen, gehört sicherlich auch das, was gestern in Berlin, in Paris und in Brüssel miteinander vereinbart wurde.

Dazu gehört, dass wir endlich einen europäischen Grenzschutz schaffen, der verhindert, dass Gefährder nach Europa gelangen.

Dazu gehört, was gestern auf der Islam Konferenz verabredet worden ist, dass nämlich mehr muslimische Religionslehrende in Deutschland ausgebildet werden. Da - es ist gerade schon gesagt worden - kommt Niedersachsen, Osnabrück und dem IKD eine besondere Rolle zu.

Wir brauchen einen starken Verfassungsschutz, der materiell und rechtlich in die Lage versetzt wird, Gefahren aufzuspüren und Hinweise an die zuständigen Behörden weiterzugeben, damit diese Gefahren sich nicht realisieren.

Dazu gehört auch das, worüber Innenminister Pistorius gestern hier unterrichtet hat, dass nämlich Gefährderinnen und Gefährder da, wo es geht, konsequent abgeschoben werden.

Aber wir müssen uns auch um diejenigen kümmern, die sich in staatlicher Obhut, nämlich in unserem Justizvollzug, befinden. Wir müssen diese vor dem Einfluss radikaler Kräfte schützen. Es ist schon gesagt worden: Wir in Niedersachsen sind da seit Jahren auf einem guten Weg. - Die Ministerin wird das hier wahrscheinlich gleich ausgiebig darstellen. - Wir sensibilisieren die Mitarbeitenden in Aus- und Fortbildung für Anzeichen von Radikalisierung. Wir machen muslimische Seelsorge und nutzen dabei die jahrzehntelange, man kann sagen: jahrhundertelange Erfahrung aus der evangelischen und der katholischen Seelsorge. Wir arbeiten gemeinsam mit dem Violence Prevention Network an der Deradikalisierung der Gefangenen.

Für meine Fraktion kann ich sagen: Das ist der richtige Weg, den wir schon seit Jahren in Niedersachsen gehen. Diesen Weg müssen wir fortsetzen. Denn unser aller Ziel muss sein, dass unsere Justizvollzugsanstalten nicht zu Brutstätten von islamistischem Terrorismus werden. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

Vielen Dank.